

# Schwarzwälder Tageszeitung

Begründet  
1877

„Aus den Tannen“

Frankfurter  
No. 11

Landblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt.

Bezugspreis: Wöchentlich 50 Goldpfennige. Die Einzelnummer kostet 10 Goldpfennige. Bei Nicht- | Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 12 Goldpfennig, die zweispaltige 25 Goldpfen-  
geschäften der Zeitung infolge Höherer Gewalt oder Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung. | zahlbar innerhalb 3 Tagen. — Für telegraphisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 8

Altensteig, Freitag den 4. Januar.

Jahrgang 1924

## Die Reparationsfrage.

Die Jahreswende hat für die Reparationsfrage, die ja der wichtigste Abschnitt der deutschen Außenpolitik ist, stets besondere Bedeutung gehabt, — allerdings in unheilvollem Sinne. Ende 1920 wurde die internationale Sachverständigenkonferenz in Brüssel ergebnislos abgebrochen, und im Januar 1921 begannen dann jene Verhandlungen zwischen den Alliierten, die in dem „Pariser Reparationsvorschlag“ vom 29. Januar gipfelten. Ende 1921 beriefen die Alliierten die Reparationskonferenz zu Cannes ein, auf der eine Entscheidung zu Deutschlands Gunsten von Frankreich hintertrieben wurde, und nach deren plötzlichem Abbruch (12. Januar) Poincaré die Leitung der politischen Geschäfte seines Landes übernahm. Um die Jahreswende 1922/23 schmiedete die Reparationskonferenz im Auftrage Poincarés die juristischen Waffeln, mit denen Frankreich und Belgien die Befreiung des Ruhrgebietes gegen den Einspruch Deutschlands und der anderen alliierten Mächte abzuwehren zu können glaubten. Auch in diesem Jahre hat uns Poincaré mit seiner Parlamentsrede vom 21. Dezember ein böses Geschenk bereitet, das uns nichts Gutes für das neue Jahr erwarten läßt.

Aus der ausführlichen Rechtfertigungsrede, die der französische Ministerpräsident für seine Außenpolitik hielt, verdient der Satz besonders Beachtung, daß „jetzt der Tag gekommen sei, die französischen Rechte geltend zu machen.“ In einem formalen Punkt haben die angelsächsischen Mächte allerdings einen Erfolg zu verzeichnen: Die Sachverständigen-Kommission wird schon im Januar zusammentreten und in drei Ausschüssen die deutsche Zahlungsfähigkeit, die Sanierung der deutschen Finanzen und die Erstattung des im Ausland geflohenen deutschen Kapitals studieren. Die von Sir Bradbury vorgeschlagenen britischen Vertreter sind zweifellos vertrauenswürdige Fachleute, und auch Amerika wird es sich angelegen sein lassen, Männer von Erfahrung und Gewicht zu delegieren. Trotzdem wird die Arbeit der Sachverständigenkommission bestenfalls eine „Studie“ bleiben, wie i. h. n. e. z. t. im November 1922 die Arbeit der nach Berlin geladenen internationalen Finanzsachverständigen. Poincaré rühmte sich in seiner Rede vom 21. Dezember, daß es ihm gelungen sei, die Meinung aller Verbündeten für Frankreich zu gewinnen, ohne daß er eine einzige seiner wesentlichen Bedingungen aufzugeben brauchte. Diese „Bedingungen“ zielten darauf ab, ein praktisches Ergebnis der Konferenz zu verhindern. Poincaré hat es nicht ausgesprochen, daß die Entzüge des sogenannten „Vicium-Abkommens“ zunächst einmal um die Kosten der Ruhrbesetzung gelöst werden sollen. Der leitende französische Staatsmann benutzt also die Einflüsse eines Gebietes, von dem er behauptet, daß es ein Pfand für die Erfüllung der Reparationsverpflichtungen seitens Deutschlands darstelle, in erster Linie zur Rückerstattung von Auslagen, welche Frankreich und Belgien gegen den Willen und gegen die Interessen der übrigen Alliierten und außerdem noch gegen jedes geographische und ungeschriebene Recht gemacht haben. Noch heute kann sich also Frankreich gegenüber seinen Alliierten ziemlich alles herausnehmen. Aus Amerika wird gemeldet, daß der geplante Rahmungskredit für Deutschland nicht zustande kommen könne, wenn die Reparationskommission (natürlich auf Betreiben Frankreichs) die Zustimmung dazu verweigert, daß diese ausländische Forderung vor den Reparationsforderungen der Alliierten rangiert. Von der Ruhrbesetzung und von der gleichfalls vertragswidrigen französisch-belgischen Eisenbahntregie sagt Poincaré, daß er sie nicht ohne Zahlung aufgeben werde. Wenn er unter diesen Umständen zu Verhandlungen mit Deutschland bereit ist, so bedeutet das, daß sich Frankreich nicht mehr weigert, seine Zustimmung zu einer Komodie zu geben, die ohne greifbare Folgen sein wird. Der Geist, wie er heute in Frankreich herrscht, steht einer baldigen vernünftigen Lösung der Reparationsfrage entgegen. Die Situation kann nur gebessert werden, wenn sich unser Wille zur Selbstbehauptung und zum Opfer bewährt und festigt.

## Neues vom Tage.

Gewährleistung der Wahlfreiheit.

Berlin, 3. Jan. Der Rechtsausschuß des Reichstages hat in einer Sitzung eine Entschließung angenommen, wonach vom Tage der Ausübung der Wahl bis zu

ihrer Beendigung auch für verbotene Parteiorganisationen die Gründung von Vereinigungen, ausschließlich zur Betreibung der Wahl zulässig sei und Versammlungs- und Pressefreiheit auch für sie nur den allgemeinen strafrechtlichen und polizeilichen Beschränkungen unterliegen. In dieser Entschließung hat der Reichsanwalt namens der Reichsregierung in einem Schreiben an den Präsidenten des Reichstages vom 2. Januar 1924 wie folgt Stellung genommen: Das nach einer Entscheidung des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik grundsätzlich zulässige Verbot politischer Parteien hat nach Auffassung der Reichsregierung immer nur als Verbot von Vereinen oder Vereinigungen Inhalt und Bedeutung. Es unterlag lediglich die äußere Betätigung des organisierten Zusammenschlusses derjenigen, die der verbotenen Partei angehören, hindert dagegen nicht, der politischen Gesinnung durch Wahl bestimmter Bewerber von parlamentarischen Körperschaften Ausdruck zu geben. Der Art. 125 der Reichsverfassung gewährleistet Wahlfreiheit und Wahlgeheimnis nach den näheren Bestimmungen der einzelnen Wahlgesetze. Dieses Grundrecht der Reichsverfassung kann auch durch eine Maßnahme auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung nicht außer Kraft gesetzt werden. Aus dem Grundsatz der Wahlfreiheit ergibt sich, daß das Verbot einer Organisation nicht die Wirkung haben kann, wahlberechtigte Personen, welche die von der Organisation vertretene politische Anschauung teilen, in der Ausübung ihres Wahlrechts oder an der Vorbereitung der Wahlen zu hindern. Personenmehrheiten, die vorübergehend zusammenzutreten, um im Auftrag von Wahlberechtigten Vorbereitungen von bestimmten Wahlen zu den auf Gesetz oder Anordnung von Behörden beruhenden öffentlichen Körperschaften zu treffen, werden daher vom Tage der amtlichen Bekanntmachung des Wahltages bis zur Beendigung der Wahlhandlung durch das Verbot einer politischen Partei nicht betroffen, soweit sie sich auf diese Aufgabe beschränken. Entsprechendes gilt für Versammlungen der Wahlberechtigten zur Vorbereitung der Wahlen, sofern es sich um reine Wählerversammlungen handelt. Dabei bleibt aber die Befugnis des Inhabers der volkstümlichen Gewalt unberührt, Versammlungen aus Gründen der Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu verbieten. Die nach der Verfassung im Falle des Ausnahmezustandes zulässige Beschränkung der Pressefreiheit kann auch in einer Genehmigungspflicht für Flugblätter bestehen. Dabei soll während der Wahlzeit die Genehmigung nur dann verweigert werden, wenn in dem Inhalt des Flugblattes auf einen gewaltsamen Umsturz der Verfassung hingewirkt wird.

## Keine vorzeitige Einberufung des Reichstages.

Berlin, 3. Jan. Zu dem von sozialdemokratischer Seite erhobenen Ruf „auf Einberufung des Reichstages“ wird der „Adm. Volksztg.“ gemeldet: Keinesfalls ist vor Mitte Januar mit der Einberufung des Reichstages zu rechnen, es sei denn, daß besondere außenpolitische oder sonstige Zwischenfälle eintreten. Bis jetzt liegen irgendwelche Beschlüsse in dieser Frage nicht vor. Vereinbarungen unter den Parteien haben überhaupt noch nicht stattgefunden, zumal die meisten Parteiführer von Berlin abwesend sind. Ebenso wie über diese Frage läßt sich auch noch nichts über einen Termin der Neuwahlen sagen.

## Die Hypothekenaufwertung.

Berlin, 3. Jan. Wie verlautet, kann es als völlig ausgeschlossen bezeichnet werden, daß ein Verbot der Aufwertung von Hypotheken durch die Regierung erfolgen wird. Ueber die Aufwertung von Hypotheken sind zurzeit Erwägungen in der Schwebe. Es ist nicht ausgeschlossen, daß eine Aufwertung der Hypotheken bis zu 10 Prozent des Vorkriegswertes erfolgt. Diese Aufwertung würde aber zum Teil der Heranziehung zur Steuer dienen. Endgültige Beschlüsse nach dieser Richtung sind jedoch noch nicht gefaßt. Es ist möglich, daß man sich dazu entschließt, die Aufwertung von Hypotheken von Fall zu Fall durch ein schiedsrichterliches Verfahren entscheiden zu lassen.

## Der thüringische Minister Hermann verhaftet.

Weimar, 3. Jan. Wie die T. L. erfährt, nahm die vor einigen Tagen nach Thüringen entsandte Kommission der Reichsregierung u. a. auch Anlaß, die Personalangelegenheiten des thüringischen Ministeriums einer Prüfung zu unterziehen. Hierbei stellte sich heraus, daß in der letzten Zeit eine große Zahl von Beamten neu eingestellt worden ist. Die Einstellungen haben bis zum 22. November 1923 stattgefunden. Gleichzeitig ergab sich, daß in den Anstellungsunterlagen falsche Angaben vorgenommen waren. U. a. waren Anstellungsdaten nachträglich vordatiert, um

den Eindruck zu erwecken, daß die Anstellungen bereits im September oder Oktober erfolgt wären, auch waren belastende Aktenblätter entfernt worden. Die Angelegenheit wurde vom Reichskommissar dem Oberstaatsanwalt in Weimar übergeben, der zunächst die Verhaftung des Affektors Kunze verfügte. Nach den ersten Verhaftungen wurden weitere strafbare Handlungen aufgedeckt. Wie wir hören, ist nunmehr auch die Festnahme des Ministers des Innern, Hermann, erfolgt. Bei den Neueinstellungen ist es bezeichnend, daß alle in der letzten Zeit Neueingestellten der Sozialdemokratischen Partei angehören sollen. Es kann wohl schon jetzt gesagt werden, daß diese Angelegenheit weitere Kreise ziehen wird.

Berlin, 3. Jan. Die Reichsregierung wird zu den Ermittlungen der nach Weimar entsandten Reichsbeauftragten erst Stellung nehmen, nachdem das thüringische Staatsministerium zu diesen Feststellungen sich geäußert hat. Die Aussprache mit den thüringischen Staatsministern wird voraussichtlich am nächsten Samstag in Berlin stattfinden.

## Stresemann reist nach Mailand?

Mailand, 3. Jan. Der „Secolo“ will wissen, daß Außenminister Stresemann sich am heutigen Donnerstag nach Mailand begeben werde. Es scheint, daß nach der Abschaffung des gemischten deutsch-italienischen Gerichts verhandelt werde. Andere Quellen melden dagegen, daß Stresemann von Lugano aus direkt nach Berlin zurückreisen werde.

## Lugano, 3. Jan. Neben dem Außenminister Dr. Stresemann befindet sich zurzeit zu einem Erholungs-

aufenthalt in Lugano auch der frühere deutsche Botschafter in Washington, Graf Bernstorff, mit seinem Privatsekretär.

## Frankreichs Abkehrung angekündigt.

Paris, 3. Jan. Der diplomatische Redakteur der Havas-Agentur glaubt, daß die ihm gewordenen Andeutungen über den Inhalt der vom Lual d'Orsay festgelegten Antwort auf das deutsche Memorandum vom 24. Dezember es ihm gestatten, folgendes über den Inhalt der Antwort mitzuteilen: Die lokalen französischen Behörden im besetzten Gebiet sind im allgemeinen ausdrücklich gegen die Gesamtheit der von der deutschen Regierung im Ruhrgebiet und in den Rheinlanden verlangten Maßnahmen. Sie seien geeignet, den Wert des Pfandes und sogar der Sicherheit der Besatzungsmächte Abbruch zu tun. Man könne also annehmen, daß die französische Regierung sich auf die Rechte beziehen werde, die sich aus dem Vertrag ergeben und daß sie nicht verfehlen werde, die deutsche Regierung daran zu erinnern, daß gewisse Forderungen, die sie gestellt hat, bereits wenigstens teilweise, namentlich was die Weidereinrichtung der Eisenbahnen betrifft, Befriedigung erlangt haben. Man habe auch Grund zu der Annahme, daß den anderen deutschen Vorschlägen keine Folge gegeben werde, da sie die leitenden Grundsätze der französischen Reparationspolitik, die so oft proklamiert worden seien, in Frage stellen könnten. Die französische Note sei in

## Ausdehnung des Streiks in der Berliner Metallindustrie.

Berlin, 3. Jan. Der Streik in der Berliner Metallindustrie hat heute an Ausdehnung zugenommen. Etwa 90 große und mittlere Firmen sind in die Bewegung hineingezogen. Gestern ist es in einzelnen Betrieben zu Ausschreitungen gekommen. Die Komunisten versuchten bei einzelnen Firmen, die arbeitsfähigen Teile der Belegschaft mit Gewalt herauszuholen.

## Wiederdurchgangsverkehr Frankfurt-Main-Basel.

Frankfurt, 3. Jan. Nach einer Unterbrechung von 11 Monaten ist der direkte Zugverkehr Frankfurt-Main-Basel über Offenburg wieder hergestellt. Eine Genehmigung für die Durchreise durch das besetzte Gebiet ist nicht notwendig.

## Sozialistisch-kommunistischer Wahlblock in Thüringen.

Weimar, 3. Jan. Die Sozialdemokraten in Thüringen haben am Mittwoch ein Wahlabkommen mit den Kommunisten abgeschlossen, um eine bürgerliche Mehrheit in Thüringen bei den Landtagswahlen zu verhindern.

## Dr. Schaft in London.

London, 3. Jan. Reichsbankpräsident Dr. Schaft hat mit führenden Persönlichkeiten der Bank von England und der City über die Beteiligung englischer Finanzkreise an der von ihm vorgeschlagenen Goldnotenbank und an der Rahmungskreditanstalt für Deutschland Unterredungen gehabt. Während in City-





**Karlsruher Produktendörse, 3. Jan.** Getreide und Mehl: Das Geschäft ist still. Abschlüsse erfolgten bei der immer mehr in Erscheinung tretenden Geldknappheit nur selten. Man hörte folgende Preise: Weizen 21-22, Roggen 18-18,5, Haber 14-15,5, Weizenmehl Spez. 0 Mühlenförderung 29,2-29,5, Roggenmehl 24,7-25,5, Mele (je nach Fabrikat) 8-9, Futtermehl (je nach Fabrikat) 11-13, Mais 18, alles die 100 Kilo, Mehl- und Mähefabrikate mit, Getreide ohne Sack; Fruchtbarkeit Karlsruher. Weine und Spirituosen: Bei verhältnismäßig schwachem Besuch wenig Kaufkraft. Die Angebote bewegten sich ungefähr auf der bisherigen Linie. In Weinen macht sich in letzter Zeit starkes Angebot in elsfässischen Erzeugnissen mit wenig Alkoholgehalt bemerkbar, wodurch die Preise gedrückt werden.

**Stuttgarter Marktpreise vom 3. Jan.** Obst: Äpfel 15-24 (alles in Goldsta.), Birnen 30-40, Gemüse: Kraut 3-4, Rotkraut 5-12, Röhrl 5-10, Brinsohl 8-12, gelbe Rüben 4-8, rote Rüben 7 bis 10, Bodenbohnen 2-4, Zwiebeln 15-20, Schwarzwurzeln 40-60, Rettiche 3-8, Sellerie 4-25, Endivienalat 5-18, Rosenkohl 10-35, Blumenkohl 50 bis 100 das Stück. Fett: Butter 240-250, Butter-schmalz 150, Margarine 70-80, Schmelzmargarine 80 bis 90, Palmöl 70-75, Kokosfett 70, Speisefett 80, Rinderfett 65, Fettsäure 150. Käse: Emmentaler 180-240, Tilsiter 150, Münster 180, Rahm 130 bis 190, Bäcklein 80 das Pfd., Salatöl 140 das Lit., frische Eier 20, ostpreuß. 20, Kaffeebohnen 18-20, Mehl 20, Weizen 30, Haferflocken 30-40, Feigwaren 45-65, Erbsen 30, Bohnen 30-35, Linsen 35, Reis 30.

Das Zeitungsgeschäft belebte sich in der letzten Woche durch regeren Einkauf wieder bei Preisen bis 670 Mt.

**Stuttgart, 3. Jan.** (Großer Fleischpreisabschlag.) Wie die Stadt. Nachrichtenstelle mitteilt, tritt mit sofortiger Wirkung ein großer Fleischpreisabschlag in Kraft. Die Preise für die einzelnen Fleischsorten stellen sich darnach wie folgt: Ochsen- und Kalbfleisch 1. Güte 70 Pfg., 2. Güte 60 Pfg., Rindfleisch 1. Güte 43 Pfg., 2. Güte 30-35 Pfg., Rindfleisch 80 Pfg., Schweinefleisch 95 Pfg., Hammelfleisch 65-70 Pfg. und Schaffleisch 50-55 Pfg.

## Letzte Nachrichten.

**Eine neutrale Stimme zum Schiedsgericht der Franzosen.**

**WTB Amsterdam, 4. Jan.** Der Sonderkorrespondent des „Allgemeinen Handelsblatt“ der dem Düssel-dorfer Schupo-projekt beizuhören und zahlreiche Studienreisen durch das besetzte Gebiet gemacht hat, führte in seinem Blatte aus, wenn man von der Balkanisierung Europas sprechen dürfe, so sei die Frage erlaubt, ob dies nicht eine unvor-dienliche Reaktion für die Bewohner des Balkans sei. Was es erlebt habe, wie belgische Soldaten in Aachen die deutsche Bevölkerung mit Ge-wehrfeuern und Schellenkloppeln bearbeitet hätten, wer die Verdränger der Soldaten des Generals de Neg mit separatistischen Streikführern und Kommandos habe von dem schmutzigen Finanzproletariat der Familie Dornen, die von den französischen Behörden unterstützt worden seien, was endlich in Düsseldorf Jungs gewesen sei, wie die davon Schupooffiziere und Mannschaften weniger Gerechtigkeit gefunden hätten als für einem gewöhnlichen Rougoner gewährt werde, der würde erkennen, daß die st. i. f. i. g. e. und saubere Bevölkerung des Kaiserreichs am höchsten entwickelten Teile Europas, nämlich des Rheinlandes und des Ruhrgebietes, nicht wie ein Balkanvolk, sondern wie ein Stamm von W. I. d. e. n. behandelt werde.

**Um die Ermäßigung der Gütertarife.**

**WTB Berlin, 3. Jan.** Wie wir hören, wird der Reichs-verkehrsminister den Reichstagspräsidenten noch in diesem Mo-nat einberufen, um ihn über Art und Umfang einer etwaigen Ermäßigung der Eisenbahnzölle gutachtlich zu hören. Die für das Gelingen erforderlichen Vorlagen und Unter-lagen werden zur Zeit im Reichsverkehrsministerium vor-bereitet.

**Erhöhung der Arbeitszeit in der oberösterreich. Eisenindustrie.**

**WTB Berlin, 4. Jan.** Nach einer Mitteilung des „Ber-liner Tageblatts“ aus Breslau ist in der oberösterreich. Eisenindustrie zwischen den Arbeitgebern und den Arbeit-nehmern ein Abkommen getroffen worden, wonach die Arbeits-zeit allgemein auf 10 Stunden festgesetzt wird. Im Berg-bau ist auch hinsichtlich der Überlagesarbeit ein Übereinkom-abkommen geschlossen worden, nachdem die Arbeitgeber sich verpflichtet hatten, die Löhne gemäß den letzten Schieds-sprüche zu zahlen.

**Die Bildung einer großen Koalition in Sachsen gescheit.**

**WTB Berlin, 4. Jan.** Wie der „Vorwärts“ aus Dresden meldet, beschloß gestern die sozialdemokratische Land-tagssession, ohne die Stellungnahme des für den 6. Jan. einberufenen Landparteitages abzuwarten, der Bildung der großen Koalition ihre Zustimmung zu geben. Die Minister-präsidenten soll von der sozialdemokratischen Fraktion gestellt werden. — Nach der „Vossischen Zeitung“ sollen die Ver-handlungen zwischen den Landtagssessionen über die Ab-setzung bereits zu einem positiven Ergebnis geführt haben.

**Verkehr mit dem alldesegierten und neubesezten Gebiet.**

**WTB Gießen, 3. Jan.** Die Mitteilung, daß die inter-alliierte Rheinlandkommission den Verkehr zwischen dem be-sezten und dem unbesezten Gebiet freigegeben habe, trifft nur für das alldesegierte Gebiet zu. Für das neubesezte Gebiet bleiben also noch die Verkehrsbeschränkungen bestehen. Es ist aber damit zu rechnen, daß in nächster Zeit auch für das neubesezte Gebiet die gleichen Verkehrsvereinfachungen eintreten.

**Die Antwort Poincarés fertiggestellt.**

**WTB Paris, 3. Jan.** Ministerpräsident Poincaré hat den Text des französischen Antwortentwurfs auf die deutsche Denkschrift vom 24. Dezember endgültig zugestimmt. Der Entwurf wird im Laufe des heutigen Tages dem französi-schen Botschafter in Brüssel zugehen, damit er der belgischen Regierung zur Stellungnahme unterbreitet werde.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig.  
Für die Schriftleitung verantwortlich:

Altensteig.

Wir gewähren auf

### Rentenmark- (Festmark-) Konten:

im Sparverkehr . . . . . 6% im Jahr  
im Giro- und Kontokorrent-  
verkehr (provisionsfrei) . . . . . 5%  
im Depositenverkehr (auf  
1 Monat fest) . . . . . 7%

### Papiermarkkonten:

im Sparverkehr . . . . . 20% i. Jahr  
im Giro- und Kontokorrentverkehr 15%  
im Depositenverkehr auf 1 Monat fest 24%

Gleichzeitig geben wir bekannt, daß wir im Papiermarkverkehr die **Billionenmark** in der Weise eingeführt haben, daß vor dem Komma die vollen Billionen-Beträge und hinter dem Komma nur die auf 10 Milliarden abgerundeten Beträge geschrieben werden.

Stadt. Spar- und Girokasse.

### Billige Herren- u. Knabenhüte

sind wieder eingetroffen. Infolge günstiger Eindeckung ist es uns möglich, Hüte z. T. unter dem heut. Fabrikpreis zu verkaufen.

Wir empfehlen:  
Filzhüte zum Preise v. M. 4.-, 4.15, 4.35 u. 4.50  
Wollhüte . . . . . 6.50 u. 8.25  
Wollplüschhüte . . . . . 7.50 (helle Farben)  
Haar-Hüte . . . . . 8.50 u. 10.50  
Velour-Hüte . . . . . 18.- nur farbig.

Sämtliche Hüte sind in vielerlei Farben und mo-dernen Formen vorrätig und glauben allen An-sprüchen dienen zu können.

In Anbetracht dieser günstigen Gelegenheit empfiehlt sich Eindeckung.

Kaufhaus Willibald Kittel  
NAG OLD.

### Inserate

für die morgige Samstag-nummer unserer Zeitung bitten wir rechtzeitig, ge-druckt schon heute aufzugeben.

### Ettmannsweller. Todes-Anzeige.

Teilnehmenden Verwandten, Freunden und Bekannten geben wir die schmerzliche Nachricht, daß mein l. Gatte, unser guter Vater und Schwiegervater

### Christian Faist zum „Grünen Baum“

infolge einer Operation rasch verschieden ist.

Um stille Teilnahme bitten die Gattin: **Friedr. Faist** der Sohn: **Chr. Faist m. Frau.**

Beerdigung Sonntag Mittag 1 Uhr.

### Harmonie

l. Singst. Samst. 12. Jan.

### Nagold. Löwen-Lichtspiele

Sonntag Ab. 8.15 Uhr,  
Sonntag 2.30, 4.30 u. 8.15 Uhr.

### Der Zirkuskönig

Edle Polo 5. Teil  
Die Rache des Todes  
in 6 Akten  
sowie Beiprogramm.

### Frl. Stangenhäse

Kokosfett  
Rauhfthönig  
Haferflocken  
Birnschnitze

billig bei  
**Fritz Bühler jr.**  
Altensteig.

Zum

### Berfand

empfiehlt

Frachtbrieife  
Begleitadressen  
Anhängeadressen  
Zustlebadressen  
Packpapiere  
Weißeinwickelpapier  
Pergament-Ersatz  
Echt Pergament  
die  
**W. Rieker'sche Buch.**  
Altensteig.

Sie noch gut erhaltenen  
**Fuhrschlitten**  
verkauft **Karl Hezer**  
Pfalzgrafenweiler.

### F. C. I. FUSSBALLKLUB EGENHAUSEN

Weihnachts-Feier!



am 6. Jan., abends 7 Uhr im Ochsenstalle.  
Saalöffnung 6 Uhr.  
Jedermann ist herzlich eingeladen.

### Wand-Kalender

mit Marktverzeichnis  
sind zu haben in der

**W. Rieker'schen Buchhandlung**  
Altensteig.

Altensteig.

### Raubzeugfallen

für Otter, Fuchs, Dachs, Marder,  
Fitis usw

### Maulwurffallen

Maus- und Rattenfallen  
empfiehlt in reichem Ausmaß

**Lorenz Luz jr., Tel. Nr. 46.**

### Sie inserieren mit Erfolg

wenn Sie Ihre Inserate in der Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ aufgeben, welche Amtsblatt für den O. B. Bezirk Nagold ist u. im Bezirk Nagold und den angrenzenden Bezirken Calw u. Freudenstadt eine große Verbreitung hat.